

Deutsche Ablehnung des französischen Abrüstungsplans.

Zu dem französischen Abrüstungsplan erklärt man an unabhängiger Stelle: Der Plan charakterisiert sich von vorn herein durch seinen Aufbau nicht als ein Abrüstungsplan, sondern als ein Plan zur politischen Organisation Europas nach den bekannten französischen Gesichtspunkten. Es sind in neuer Form die alten Gedanken des Genfer Protokolls, die hier wieder aufgenommen werden und die schließlich auf die Schaffung des territorialen status quo hinauslaufen. Dabei enthält der Plan verschiedene Konstruktionsfehler. Er verbindet einmal Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden könnten und müssten mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Er macht Sicherheitsvorschläge, die eine bereits vollzogene allgemeine Abrüstung und einen gewissen Abrüstungsausgleich zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müssten. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung wird in dem französischen Plan vollständig offengelassen. Die Verwirklichung unserer Ansprüche wird in eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Art Rahmen dafür durch die Bestimmung geschaffen ist, daß in allen Staaten dieselbe Sicherheitsorganisation zur Durchführung gelangen soll.

Die voraussetzende englische Ablehnung einer Erweiterung des Sanktionsystems hat die französische Regierung dazu geführt, zum Kernpunkt ihres Sicherheitsplans den europäischen kontinentalen Abwehrpakt unter Ausschluß Englands zu machen. Die politische Hegemonie, begründet auf militärischer Überlegenheit einzelner Staaten oder Staatenbünde, wird hier verewigt. Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Bestimmung über bestehende besondere Vereinbarungen, womit natürlich die Entmilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden Konsequenzen in Geltung bleiben soll. Wöllig grotesk mutet der Vorschlag an, das den Militärarmeen zu entziehende schwere Waffensmaterial unter einer Völkerbundskontrolle in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staate nach seinem Ermessen im Fall des Angriffs zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise will es Frankreich vermeiden, seine ungeheuren Mengen schwerer Kriegsmaterials durch Zerstörung, die Deutschland hundertprozentig durchführen müßte, auch nur zu vermindern. Alle Gesichtspunkte einer durchgreifenden und radikalen Abrüstung fehlen völlig. Die tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt. Diese werden auf juristische Sicherungen verwiesen sowie auf den Schutz, den ihnen die französische Armee auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundstatuts zuteil werden lassen würde.

London, 16. Nov. News Chronicle sagt, bei dem neuen französischen Plan blieben u. a. einige wesentliche Punkte unklar, z. B. die Frage des Umfangs der Armeen mit kurzer Dienstzeit und die der Kolonialtruppen. — Morning Post sagt, der Plan ordne alle anderen Erwägungen dem

Gedanken unter, die Gefährdung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu befestigen. Es sei allerdings fraglich, ob der Völkerbund fähig sein werde, im Notfall mit genügender Schnelligkeit und Einigkeit zu handeln und ob Großbritannien bereit sein werde, an dem vorgeschlagenen Mittelmeerpakt teilzunehmen. — Daily Telegraph stellt fest, daß die zur „Definition des Angreifers“ empfohlene Methode mit der britischen Auffassung in Widerspruch stehe. Das gleiche gelte von den Vorschlägen über Zwangsmaßnahmen gegen einen Angreifer. Die britische Regierung werde sich das Recht vorbehalten, darüber zu entscheiden, ob sie zum Kriege schreite, und wenn ja, mit welchen Mitteln. — Times schreibt, der französische Plan enthalte einige Punkte, die schwerlich als annehmbar betrachtet werden könnten. Aber der allgemeine Sinn des Planes stehe im Grunde nicht in Widerspruch mit den Vorschlägen, die von der britischen Regierung in großen Zügen bekanntgegeben worden seien. Somit brauche kein endgültiges Hindernis gegen eine Verschmelzung der Vorschläge Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas über einen Plan der Abrüstungsvereinerung und -begrenzung zu bestehen. Ein solcher Plan sollte überdies von Anfang an der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung Genüge tun, indem er keine dauernde Unterscheidung in qualitativer oder quantitativer Beziehung zwischen dem deutschen Wehrsystem und dem anderer Nationen mache.

Der Franzosenstreich.

Paris, 16. Nov. Das Blatt des französischen Generalstabes, „Echo de Paris“, bringt in großer Aufmachung eine Meldung über eine angebliche Verletzung der entmilitarisierten Rheinlandzone durch Reichswehrtruppen. Der Vorfall soll sich nach der französischen Darstellung für deren Glaubwürdigkeit keinerlei Bestätigung vorliegt, folgendermaßen zugetragen haben: Am 8. November sollen zwölf deutsche Panzerverbände, begleitet von einem mit drei Reichswehroffizieren besetzten Auto, von Basel kommend, in der Nähe von Seltz bei der dortigen Schiffsbrücke an das Rheinufer herangefahren sein. Jeder Panzerverband soll mit einem Offizier, einem Unteroffizier und mehreren Soldaten besetzt gewesen sein. Die Offiziere sollen photographische Aufnahmen, darunter auch von dem französischen Hochhaus auf dem jenseitigen Ufer, gemacht haben. Anschließend daran sollen die Kraftwagen „auf den benachbarten Feldern manövriert“ haben. Um die Erzählung noch interessanter zu machen, fügt das Blatt hinzu, daß die Wagen neuesten Typs waren, vollkommen geräuschlos und mit Vorrichtungen für die Auffüllung von Maschinengewehren versehen seien. Das französische Blatt fügt hinzu, daß der Vorfall lebhafteste Beunruhigung auf dem französischen Rheinufer hervorgerufen habe, da es das erstmal seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages gewesen sei, daß man Reichswehrtruppen „in voller Freiheit am Rhein manövriert“ sah.

Öhring, Schacht, Seidte als Gäste Mussolinis.

Rom, 16. Nov. Heute nachmittag wurde der Winterabendschnitt der italienischen Abgeordnetenkammer mit einem kurzen Festakt anlässlich der faschistischen Zehnjahresfeier eröffnet. Mussolini, dem bei seinem Erscheinen begeisterte Kundgebungen dargebracht worden waren, sagte, die Bedeutung der Zehnjahresfeier sei eine doppelte: Einerseits habe das italienische Volk in seiner geschlossenen, ungeheuren Masse einen entscheidenden Sprung nach vorwärts getan und er selbst, Mussolini, fühle, daß er dem Willen dieses Volkes Ausdruck gegeben habe, wie das bisher nie geschehen sei. Auf der anderen Seite ständen die Lehren, die Einrichtungen und die Werke der faschistischen Revolution bei allen Völkern auf der Tagesordnung. Denn in dieser dunklen, gequälten und wankenden Welt könne die Rettung nur von der Wahrheit Roms kommen und von Rom aus werde sie auch kommen.

Auf Einladung der faschistischen Partei wohnten dem Festakt auch der erste Bundesführer des Stahlhelms, Seidte, ferner der frühere Reichstagspräsident Öhring und Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht bei.

Der Streit um die Medaillen.

Eine Tragikomödie um Gerhart Hauptmann.
Berlin, 16. Nov. Die abgesehete, aber immer noch geschäftsführende Preußenregierung hat beschlossen, Gerhart Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag die goldene Staatsmedaille zu verleihen. Dazu teilt nun die kommissarische preussische Regierung folgendes mit: „Die Kommissare des Reiches in Preußen haben bereits vor einiger Zeit in einer Staatsministerkonferenz beschlossen, Herrn Gerhart Hauptmann durch Verleihung der Goldenen Staatsmedaille zu ehren. Sie stellen mit Befriedigung fest, daß durch den Beschluß der Regierung Braun zum Ausdruck gebracht wird, daß in der Frage einer Ehrung Gerhart Hauptmanns über alle politischen Gegensätze hinweg eine einmütige Auffassung besteht.“

Heute hat sich nun Kultusminister Grimme von her alten Regierung zur Gerhart Hauptmann begeben und ihm die Verleihungsurkunde für die Große Staatsmedaille überreicht.

Dazu hört man aus Kreisen der kommissarischen Preußenregierung, daß diese in keiner Weise die Absicht habe, sich in dieser Frage in das Fahrwasser von Demonstrationen zu begeben. Die Verleihung der Staatsmedaille werde im Schauspielhaus durch den Reichskommissar Dr. Bracht als Vertreter der Reichsregierung erfolgen. Auch an der Verleihung einer eigenen Verleihungsurkunde durch den Reichskommissar habe sich nichts geändert, zumal die von der Regierung Braun überreichte Urkunde nicht das Staatsiegel trage. Das aufgetretene Mißverständnis wird im übrigen bedauert und darauf hingewiesen, daß auch die preussischen Staatsminister eingeladen worden seien, an der Feier teilzunehmen.

Worauf die „Hochregierung“ Braun wiederum verlaunlich läßt, man habe sie zur Feier im Schauspielhaus in feindlicher Absicht zu spät eingeladen. Deshalb werde sie der Veranstaltung fern bleiben.

Gerhart Hauptmann erhält also zu einer Medaille zwei Verleihungsurkunden!

Warschau, 16. Nov. Die zwischen polnischen und Danziger Vertretern über Zoll- und Kontingentsfragen geführten Verhandlungen sind gescheitert.

Philipp vor dem Scherbenhaufen.

Paris, 16. Nov. In einer Unterredung des Vertreters der Wirtschaftsjg. „Le Capitale“ mit Scheidemann, bezeichnete dieser die Ausrufung der deutschen Republik im November 1918 als eine zufällige und Berlegenheitslösung. Auf die Frage, was wohl geschehen würde, wenn der Kaiser heute nach Deutschland zurückkehrte, soll Scheidemann wörtlich gesagt haben: Gar nichts! Wäre Wilhelm II. 1918 in Deutschland geblieben, so wäre ihm nie ein Haar gekrümmt worden. Anlässlich der Niederlage war ja zunächst nicht die Rede davon gewesen, die Monarchie abzuschaffen und ich erinnere mich ganz genau daran, daß meine Freunde von der Sozialdemokratischen Partei mir die heftigsten Vorwürfe machten, als ich damals die Republik gewissermaßen improvisiert habe. Ich stehe nicht an, zu sagen, wir würden heute noch die Monarchie haben, wenn Wilhelm II. etwas weniger unentschlossen gewesen wäre. Trotz allem glaube ich nicht an eine baldige Restauration, weil es zur Zeit an einem wirklichen volkstümlichen Präsidenten fehlt.

Auf die Frage, ob es zur Stunde noch Deutsche gebe, die imstande wären, ihr Blut zu vergießen, um die Republik zu verteidigen und die Rückkehr der Monarchie zu verhindern, antwortete Scheidemann: „Das bezweifle ich sehr.“

Ueber den Vertrag von Versailles äußerte sich Scheidemann wie folgt: Wenn man sich schließlich dazu entschlossen habe, Versailles zu unterzeichnen, so geschah es nur, um die deutsche Einheit zu retten. Wir hatten nämlich Kenntnis von einem französischen Geheimplan erhalten, aus dem hervorging, daß die französische Armee Rassel besetzen, ins Rheinland einrücken und längs der Mainlinie nach Bayern vordringen wollte. Bayern und die Rheinlande wären nach diesem französischen Projekt von jedem Kriegskriegsrisiko befreit worden. Aus diesem Grunde mußte sich die damalige Regierung doch zur Unterzeichnung von Versailles entschließen, sonst würde das Deutschland von heute kaum mehr bestehen. Es war aber durchaus einleuchtend und menschlich begreiflich, daß das deutsche Volk sich sofort nach der Unterzeichnung gegen einen Vertrag auflehnte, der uns durch die Macht der Bajonette aufgezwungen worden war (!).

Mit Senen und Heugabeln . . .

2 Tote, 1 Verletzter.

Preßburg, 16. Nov. In der Gemeinde Polomka, wo vor einigen Tagen eine gerichtliche Versteigerung von Immobilien von der Volksmenge verhindert worden war und im Zusammenhang damit Angriffe gegen die Gendarmerie erfolgt waren, sollten heute sechs Personen wegen Teilnahme an diesen Ausschreitungen verhaftet werden. Etwa 1000 mit Sensen, Heugabeln, Dreschlegeln und Steinen bewaffnete Personen aus der Umgebung zogen gegen die Gemeinde Polomka, umzingelten die Gendarmen und griffen sie an. Der Gendarmeriekommandant forderte die Menge wiederholt vergeblich zum Auseinandergehen auf und ließ schließlich feuern. Zwei Angreifer wurden getötet, einer verletzt. Die Menge wich darauf zurück.

Der Währungsfonds.

Genf, 16. Nov. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht heute abend einen Auszug des Berichtes des Sachverständigenausschusses des europäischen Studienkomitees über einen Währungsfonds, wie er in den Beschlüssen der Konferenz von Stresa vorgesehen worden ist. Der für 5 Jahre zu schaffende Fonds soll die Normalisation der Geldverhältnisse in Süd- und Osteuropa herbeiführen, aber nur für die Fälle in Betracht kommen, wo Gewähr besteht, daß durch diese das Endziel, nämlich die baldmöglichste Abstellung der Handels- und Währungsbehindernisse, herbeigeführt wird. Der Fonds, dessen Höhe noch nicht bestimmt ist, wird grundsätzlich in der Eröffnung von Krediten bestehen, die den Emissionsbanken als Reserve dienen und die eine Dauer von 2-3 Jahren nicht überschreiten dürfen. Er soll aus Zahlungen der Regierungen gespeist werden.

Kein neues Hoovermoratorium.

Newyork, 17. Nov. Die „Herald Tribune“ meldet, daß Hoover bei der Fühlungnahme mit seinen Ratgebern feststellen mußte, daß der Kongress nicht geneigt sei, einem Ausschub der Kriegsschuldenszahlungen zuzustimmen. Hoover selbst, so schreibt das Blatt, werde darauf bestehen, daß die im Dezember fälligen Zahlungen auch tatsächlich geleistet werden, bevor man die Frage einer Revision der Schuldverträge überhaupt erörtern könne.

Newyork, 16. Nov. Roosevelt hat auf die Einladung Hoovers zu einer Konferenz im Weißen Haus sehr vorfichtig geantwortet. Er machte geltend, daß seine Pflichten als Gouverneur des Staates Newyork eine Beschränkung in hochpolitischen Fragen verlangten, und schlug ein rein persönliches informelles Zusammentreffen vor, dessen Zeitpunkt er wegen einer leichten Erleichterung noch nicht angeben könne. Damit verzichtete er darauf, die von ihm angeführte Politik weltwirtschaftlicher Orientierung durch eine gemeinsame Aktion mit Hoover einzuleiten, und vermied die Gefahr, sich politisch festzufahren, noch ehe er seinen Einzug in das Weiße Haus gehalten hat.

Der Aufstand in Honduras.

Tegucigalpa, 16. Nov. Nach zwölfstündigem erbitterten Kampf in der Umgebung von San Pedro haben die Aufständischen Rocaome genommen und sich damit den Weg nach Süden geöffnet. Bei dem Kampf hat es Hunderte von Toten gegeben.

Essen, 15. Nov. Gestern abend wurde der 21 Jahre alte Nationalsozialist Erich Krohm von vier noch unbekannt Namen überfallen und durch drei Messerstiche und durch Schläge auf den Kopf verletzt. Sobald er bewusstlos zusammenbrach. Später stellte der Ueberfallene fest, daß ihm die Brieftasche mit Parabel sowie Mitgliedsbüchern und Beitragsmarken der NSDAP fehlten.

Friedrichshafen, 15. Nov. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat heute seine letzte Probefahrt gemacht. Der Fahrbetrieb ist mit dem heutigen Tage stillgelegt worden. Die Fahrten werden im Frühjahr nächsten Jahres wieder aufgenommen.

Kopenhagen, 16. Nov. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der heutigen Wahlen zum Folketing scheinen auf einen Rechtsruck hinzuweisen. Die Linke hat einen Sitz gewonnen und vier verloren. Die Konservativen haben fünf Sitze gewonnen und keinen verloren.

Hauptgemeinschaft des Einzelhandels gegen die Warenhäuser.

Der Optimismus des Wirtschaftsministers.

Berlin, 16. Nov. In der Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels wurde der Antrag der sog. Frankfurter Front, das Verbleiben der Warenhäuser und Filialbetriebe als unerwünscht zu bezeichnen, mit 128 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde aber ein Antrag, der eine Sondersteuer gegen Großbetriebe des Einzelhandels fordert. Daraufhin hat das Präsidium des Warenhausverbandes den Beschluß gefaßt, aus der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels auszuscheiden.

In der Versammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold eine Rede, in der er u. a. ausführte: Man darf die Hoffnung haben, daß die Besserungszeichen in der Wirtschaft auch in den nächsten Monaten anhalten werden, und daß, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, im kommenden Frühjahr ein noch deutlicher sichtbar Umschwung in der Wirtschaftlage auch Deutschlands eintreten wird. Als Anzeichen der Besserung sind zu beobachten: die Rohstoffpreise haben angezogen, die Lagerbestände in der Welt steigen nicht mehr, sondern Erzeugung und Verbrauch sind zum Ausgleich gebracht, die Geldmärkte in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten haben sich verflüssigt, desgleichen die Kapitalmärkte.

Nach diesen Anzeichen dürfen wir auch für unser Land den Standpunkt vertreten, daß die Krise den Tiefpunkt erreicht hat, und daß wir erwarten dürfen, daß, wenn keine innerwirtschaftlichen Störungen den Verlauf der Dinge beeinträchtigen, in den kommenden Monaten eine langsame Besserung unserer Verhältnisse eintritt.

Nachdem der Minister versichert hatte, daß die Reichsregierung und die Reichsbank an dem Grundbaue festhalten, an der Währung nicht zu rütteln und alles zu tun, um die Währung stabil zu halten, forderte er dazu auf, sich in das allgemeine Belebungsprogramm der Reichsregierung einzuschalten.

Die bayrische Staatsregierung hat beim Reichswirtschaftsminister ein sofortiges allgemeines Verbot der Eröffnung von Einzelhandelspretschäften auch in Städten über 100 000 Einwohner beantragt.

Steigende Ausfuhr im Oktober.

Der Außenhandel hat sich im Oktober überraschend günstig entwickelt. Die Ausfuhr ist über die übliche Saisonbesetzung hinaus von 443,8 Mill. RM. im Vormonat weiter auf 481,7 Mill. RM. gestiegen. Allerdings hat sich auch die Einfuhr von 360,2 auf 398,2 Mill. RM. erhöht, so daß sich nur ein Ausfuhrüberschuß von 83,5 Mill. RM. (im September 83,6 Mill. RM.) ergibt.

Berlin, 16. Nov. Im Rahmen der Sparmaßnahmen sollen von den 45 Oberpostdirektionen allmählich im Laufe der nächsten Jahre 14 Oberpostdirektionen eingezogen werden. Es finden gegenwärtig über diese Frage Verhandlungen mit den Ländern statt.

Bodum, 16. Nov. Unter dem dringenden Verdacht der Devisenhehlung wurden von der Postzeit fünf Soldaten verhaftet. Bei ihnen fand man 75 000 Mark vor, die beschlagnahmt wurden. Zwei wertvolle Kraftwagen verfielen ebenfalls der Beschlagnahme.